

In Deutschland fehlen 273.000 Kita-Plätze für unter Dreijährige

Veröffentlicht am 21.10.2018 | Lesedauer: 4 Minuten

Von Nina Dinkelmeyer, Florian Gehm

Neue Zahlen zur Kinderbetreuung alarmieren die Politik. Zusätzliches Geld soll die Lücke schließen. Doch Experten sehen falsche Prioritäten der Regierung und kritisieren die komplette Gebührenfreiheit.

Trotz massiver Investitionen kommt Deutschland mit dem Ausbau der Kinderbetreuung nicht schnell genug hinterher. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hat errechnet, dass 273.000 Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren fehlen. Die Zahlen liegen WELT am SONNTAG vorab exklusiv vor. Die aktuelle Betreuungslücke entspricht 11,6 Prozent aller Kinder in diesem Alter.

Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein nur geringfügiger Rückgang: 2017 fehlten noch 279.000 Plätze, das entsprach einer Lücke von 12,1 Prozent. Damit konnte die Betreuungslücke nur um 6000 Plätze verringert werden. Ginge der Ausbau in genau diesem Tempo weiter, würde sie erst in 45 Jahren geschlossen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr in Deutschland rund 79.000 neue Kitaplätze geschaffen, rund 27.000 davon für Kinder unter drei Jahren.

Rund 790.000 unter Dreijährige besuchen aktuell eine Kita oder Tagesmutter. Doch die Zahl der Eltern, die sich eine Betreuung wünschen, ist noch größer: Das Bundesfamilienministerium sieht den Bedarf bei gut 45 Prozent, das entspricht laut IW 1,06 Millionen Plätzen.

Miserable Personalsituation verschlimmert die Lage

Der Wunsch werde weiter zunehmen, prognostiziert IW-Familienpolitik-Experte Wido Geis-Thöne: „Die Kommunen müssen sich darauf einrichten, dass sie in zehn Jahren für alle Kinder ab zwei Jahren eine Betreuung anbieten müssen.“ Doch die Gemeinden kommen nicht so schnell hinterher. „Dem stetigen Ausbau der Kindertagesbetreuung steht eine wachsende Zahl von Kindern gegenüber. Allein im Jahr 2017 nahm durch steigende Geburten

und Zuwanderung die Anzahl der Kinder im Alter von unter drei Jahren um fast 48.000 Kinder zu“, hieß es im Familienministerium.

In den kommenden Jahren könnte zudem die miserable Personalsituation die Versorgungslücke dramatisch vergrößern

(</politik/deutschland/plus181055932/Kinderbetreuung-Das-neue-Dilemma-in-der-Kita-Krise.html>).

„Wir brauchen mehr neue Fachkräfte und Erzieher, die langfristig im System bleiben“, kritisierte Anette Stein, Direktorin des Programms „Wirksame Bildungsinvestitionen“ der Bertelsmann-Stiftung. Sowohl für Kinder als auch für Fachkräfte sei der „Personalschlüssel einfach zu schlecht“.

Genügend Fachkräfte zu rekrutieren, müsse man deshalb als „nationale Aufgabe“ begreifen, forderte Marcus Weinberg, der familienpolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion. Weinberg verlangte eine „konzertierte Aktion zur Gewinnung von Erziehern“.

Doch schon jetzt sorgt der Fachkräftemangel

(</wirtschaft/article181816274/Fachkraeftemangel-Hoehere-Loehne-haetten-positiven-Doppeleffekt.html>)

in vielen Bundesländern für ernsthafte Probleme, bestätigte die Berliner Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD): „Angesichts der Fachkräftesituation ist es unrealistisch, zu erwarten, dass Kitas in Zukunft ausschließlich mit klassisch ausgebildeten Erziehern arbeiten. Kitas müssen sich auf multiprofessionelle Teams einstellen.“

Senkung der Kita-Gebühren ist für viele der falsche Weg

Das Familienministerium will sich deshalb für die Verbesserung der Praxisausbildung starkmachen. „Häufig erhalten Auszubildende im Erzieherberuf keine Ausbildungsvergütung, mancherorts muss zudem noch Schulgeld bezahlt werden. Um in der Konkurrenz mit anderen Berufen bestehen zu können, sollte die Ausbildung schulgeldfrei und vergütet werden“, sagte ein Sprecher.

Einen Beitrag dazu soll das Gesetz zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung leisten, das am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag beraten wurde. „Mit dem Gute-Kita-Gesetz machen wir jetzt den Weg frei für eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Kita-Qualität. Noch nie hat der Bund dafür so viel Geld bereitgestellt“, sagte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) vor dem Parlament.

Das Gesetz sieht auch eine Senkung der Kita-Gebühren

(</politik/deutschland/article181589876/Kinderbetreuung-Kita-Besuch-soll-fuer-1-2-Millionen-Kinder-kostenlos-sein.html>) durch eine soziale Staffelung der Beiträge vor.

Weinberg kritisierte diesen Bestandteil des Entwurfs: „Wir als Union hätten uns gewünscht, dass wir das Thema Beitragsfreiheit weitestgehend ausklammern und uns ausschließlich auf den Qualitätsaspekt verständigen.“ In den weiteren Verhandlungen werde die Union „massiv einfordern, den Schwerpunkt auf einen nachhaltigen Qualitätsausbau zu legen“, sagte Weinberg.

Das Gesetz könnte auch den Weg für eine komplett gebührenfreie Kinderbetreuung ebnen.

Davor warnte Bertelsmann-Expertin Stein

(</politik/deutschland/article181331198/Bertelsmann-Studie-Kita-Qualitaet-leidet-unter-Beitragsfreiheit.html>): „Vollständige Gebührenfreiheit würde den Fachkräftemangel

nochmals enorm verschärfen. Solange die Qualität so schlecht bleibt, ist es unverantwortlich, auf die finanzielle Beteiligung der Eltern zu verzichten.“ Katja Dörner, familienpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, kritisierte: „Der Bund setzt falsche Prioritäten, wenn er sich nicht auf die Verbesserung der Qualität konzentriert, sondern auch die Erstattung von Beiträgen finanziert.“

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen
Newsletter der WELT.

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

© Axel Springer SE

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/182410950>